

Linke Medien. Viele von ihnen pflegen eine überholte Ästhetik und sind voller Gelaber und Hohlformeln.
Von Leander Sukov Seite 2

Existenzangst. Der Qualitätsjournalismus wird kaputtgespart, viele Redakteure bangen um ihren Job.
Interview mit Heribert Prantl Seite 3

Immunisierung gegen Meinungsmache. Seit fünf Jahren blicken die Nachdenkseiten hinter die Kulissen.
Von Wolfgang Lieb Seite 4

Stromlinienförmig. Recherche macht die schönste Story kaputt. Erfahrungen aus dem NRW-Wahlkampf von Ulla Jelpke Seite 6

Die Tageszeitung
junge Welt



Durchladen, Dauerfeuer!

Die Medienlandschaft in Deutschland nähert sich lateinamerikanischen Verhältnissen. Glücklicherweise gibt es Gegentendenzen. **Von Peter Wolter**

Wenn es um Widerstand gegen Hartz IV, Rente mit 67 und Kriegspolitik geht, flackern in vielen Redaktionen Deutschlands die roten Warnlämpchen auf. Und fallen gar die Stichworte Linkspartei, Lafontaine und DDR, brennen die Sicherungen durch: Dem gemeinen Redakteur tritt der Schaum vor den Mund, der Puls rast und der Atem beginnt zu fliegen. Recherche? Fairness gar? Kannste vergessen – durchladen, draufhalten, Dauerfeuer!

Manchmal geht so etwas aber gründlich daneben. Das ehemalige Nachrichtenmagazin *Spiegel* etwa, das seit Jahren abseits jeden journalistischen Anstands die genannten Stichworte bedient, ist jetzt mit einem lauten Klatsch auf den Bauch gefallen: Kaum lag die Sensationsstory über ein Techtelmechtel von Oskar Lafontaine in Millionenaufgabe an den

Kiosken, stellte sich heraus, daß das zeitweise Abtauchen des Linkspartei-Chefs eine andere Ursache hatte: Krebskrankung. Der *Spiegel* hatte sich mit seinem Rufmord-Journalismus so lächerlich gemacht, daß der *Stern* in der vergangenen Woche pikiert auf Distanz ging. In dem Zusammenhang sollte allerdings nicht verschwiegen werden, daß an der Bauchlandung des *Spiegel* auch Zuträger aus der Linkspartei beteiligt waren – laut *Stern* soll Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch hinter den Kulissen die Strippen gezogen haben.

Natürlich gibt es in Deutschland Pressefreiheit, steht ja schließlich im Grundgesetz. In der Praxis gilt aber immer noch die schon 44 Jahre alte Formel des Mitbegründers der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, Paul Sethe: »Pressefreiheit ist die Freiheit von 200 reichen Leuten, ihre Meinung zu sagen.« Mit einer Einschränkung:

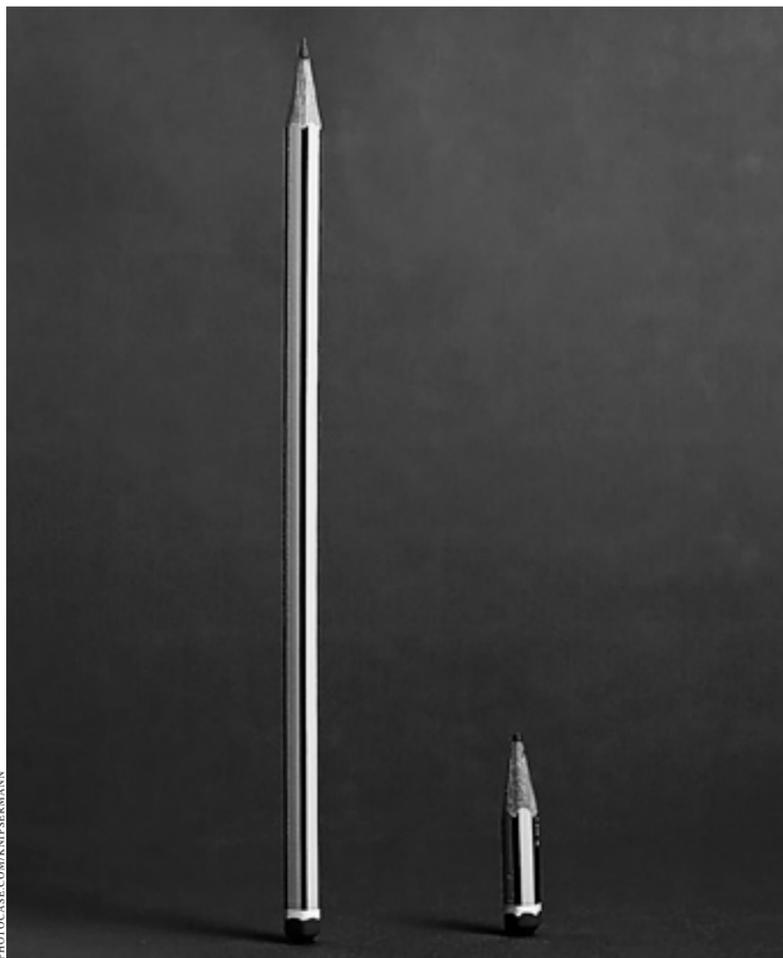
heute dürften es vielleicht gerade noch zwei Dutzend reicher Leute sein.

Die Medienkonzentration in Deutschland hat mittlerweile lateinamerikanische Dimensionen erreicht. Die Printmedien werden im wesentlichen vom Springer-Verlag, Bertelsmann, der WAZ-Gruppe und Holtzbrinck beherrscht. Neoliberal sind so gut wie alle – wobei die einen mehr zur CDU/CSU, die anderen mehr zur FDP und zur rechten SPD neigen. Bei Rundfunk und Fernsehen sieht es nicht viel anders aus – die öffentlich-rechtlichen Anstalten orientieren sich immer stärker an den Privatsendern und den Interessen der Wirtschaft. Die Tendenz zur »Berlusconiisierung« läßt sich nicht von der Hand weisen – letztes Beispiel dafür sind die Versuche des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch (CDU), Einfluß auf die Besetzung des Chefredakteur-Postens beim ZDF zu nehmen.

Der Journalist klassischer Prägung, dem es in erster Linie um die Wahrheit und weniger um die billige Sensation geht, ist glücklicherweise noch nicht ausgestorben. Viele Kolleginnen und Kollegen versuchen immer wieder, sich dem »Mainstream« entgegenzustellen. Die Berichte über den Afghanistan-Krieg z. B. sind in den vergangenen Monaten deutlich kritischer geworden, es gibt auch immer häufiger Beiträge über die Verarmung vieler Menschen in Deutschland.

Themen wie diese gehören zum täglichen Brot der *jungen Welt*, die seit Jahren versucht, gegen den Strom zu schwimmen. Auch die vorliegende Beilage dient diesem Zweck: Wir wollen einen Beitrag dazu leisten, daß in der Öffentlichkeit mehr über die Rolle der Medien diskutiert wird. Allein schon aus Platzgründen mußten wir dabei viele Themen auslassen – vorläufig jedenfalls.

In der Praxis gilt die schon 44 Jahre alte Formel des Mitbegründers der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, Paul Sethe: »Pressefreiheit ist die Freiheit von 200 reichen Leuten, ihre Meinung zu sagen.« Mit einer Einschränkung: heute dürften es vielleicht gerade noch zwei Dutzend reicher Leute sein.



PHOTOCASE.COM/INSPIERMANN

Spitzbäuchig vor rauchenden Schloten

Vielen linken Medien täte ein wenig mehr Professionalität gut. **Von Leander Sukov**

Leander Sukov lebt in Berlin und ist Schriftsteller.

Trinken Sie Ihren Kaffee aus der hohlen Hand? Essen Sie Ihr Tofu-Schnitzel gern direkt von der Tischplatte? Ist Ihnen Inhalt alles und Form nichts? Dann haben Sie eine gute Chance, als Gestalter bei der versammelten deutschen Linkspresse eine Stelle zu bekommen.

Denn was die Form angeht, aber beileibe nicht nur dort, herrscht bei der *Graswurzel* Nullwachstum, ist das *Neue Deutschland (ND)* ein langweiliges Altes, und bei *Unsere Zeit (UZ)* ist schon

seit Jahrzehnten die Uhr stehengeblieben.

Nicht nur, daß Unternehmer gerne spitzbäuchig, torpedo-zigarrig und mit Melone dargestellt werden, sie tragen ihren Profit auch in Beuteln bei sich, lümmeln sich vor rauchenden Schloten herum und stecken das Geld der abhängig Beschäftigten nicht etwa in Derivatgeschäfte, sondern in Jutesäcke. Kein Karnevalsnachwuchs würde sich im Jahre 2009 erlauben, die Jungs und Mädels von der Parallelklasse so darzu-

stellen. Aber wo Inhalt alles und Form nichts ist, geht halt auch das Klassenbild leicht aus der Form.

Lustig sind oft auch die Texte. In der *UZ* z.B. gibt es Patrioten, die in Kerkern schmachten, und das Kapital zeigt dort mitunter ungeschminkt seine wahre Fratze, bevor ihm die Maske vom Gesicht gerissen wird. Beliebt ist auch das berühmte »Rotschwänzchen« – so manche Beiträge enden damit, daß die Arbeiterklasse den Herren dort oben schon zeigen wird, wo Bartel den Most holt.

Da wird in linken Medien mitunter moralisiert, daß die Schwarte kracht, da werden uralte Schablonen aus der Mottenkiste geholt. Recherche findet nur selten statt, der eine schreibt vom anderen ab. Seit den 70er Jahren hat die Linke medial wenig hinzulernt – Motto: Stark in der Gesinnung, schwach in den Fakten.

Profitraten fallen bei Kommunisten und anderen Linken gerne tendenziell und das möglichst weit vorne im Text. Da geht es klandestin und haptisch zu, gestritten wird nicht, sondern der Diskurs geführt und zwar mit der totalen Sprachlosigkeit, die jenen Akademikern zu eigen ist, welche die Sprache verlernt haben, die außerhalb ihrer revolutionären Elfenbeintürme gesprochen wird. Irgendwie, überhaupt und ein Stück weit. Hauptsache »in linken Zusammenhängen«.

Linke Blättchen, die eher im trotzkistischen, anarchistischen oder autonomen Bereich angesiedelt sind, gebärden sich mitunter, als schrieben sie für akademische Klassenkampflaberer. Da fremdwörtelt es zum Beinerweichen. Besonders spannend sind Texte der Antideutschen: Da wird ohne Absatz über Seiten hinweg gesülzt, oft ohne konkrete Aussage. Zum Schluß kommt in der Regel die Beschimpfung eines Andersdenkenden als Antisemit.

Artikel, die bei 2500 Zeichen schon übergewichtig wären, schleppen Fett von 5000 und mehr vergeudeten Buchstaben mit sich herum und kommen, vermutlich deshalb, nie auf den Punkt. Über allem schwebt der stete Sieg der Arbeiterklasse, die, irgendwie karnevalistisch, den Bossen Dampf im Klassenkampf macht statt Beine. Trocken wie der heiße Sand im Death Valley kommt der Inhalt daher. Und zwischen den adipösen (ich wollte auch mal fremdwörteln – adipös heißt verfettet) Schlagwortartikeln und ihrer immer wiederkehrenden Litanei hängen Bilder und

Karikaturen auf den Seiten ab, als wären sie nach durchtanzter Nacht im Chill-Out-Bereich gelandet. Es ist, als würden Ernst Mosch und seine Egerländer arbeitertümlisches Liedgut dem geeigneten Publikum zelebrieren, das es sich mit Erfrischungsstäbchen vor Nierentisch und Gummibaum bequem macht. Wann kommt das Buntfernsehen?

In den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts erschien im kommunistischen Münzenberg-Konzern unter anderem die *Arbeiter Illustrierte Zeitung (AIZ)*. John Heartfield hielt bildnerisch Form und Inhalt zusammen, und Autoren wie Anna Seghers, Maxim Gorki oder Kurt Tucholsky schrieben sich und ihre Inhalte in die Köpfe der Leser, F. C. Weiskopf war der Chefredakteur. Die ganze Chose war auf der Höhe der Zeit, ohne komische Wörter und verkaufte sich ab 1926 wöchentlich. 1933 lag die Auflage bei einer halben Million. Kolossal hätte man damals zu dem Erfolg gesagt.

Nun wollen wir das zu heiß gebadete Kind nicht gleich mit dem Bade ausschütten: Es gibt auch im Jahre 2009 rühmliche Ausnahmen vom linken Traditionsjournalismus der 70er Jahre. Die *junge Welt* zum Beispiel – keineswegs perfekt, aber meistens mit der Nase im Wind.

ANZEIGEN



Helmut Peters
Die VR China – Vom Mittelalter zum Sozialismus
Auf der Suche nach der Furt

580 Seiten, 19,80 Euro
ISBN 978-3-910080-71-3



Harald Neubert
Die internationale Einheit der Kommunisten

Ein dokumentierter historischer Abriss
348 Seiten
19,80 Euro, ISBN 978-3-910080-70-6

Neue Impulse Verlag
Hoffnungstr. 18 • 45127 Essen
Tel.: 0201-24 86 482
Fax: 0201-24 86 484
E-Mail: info@neue-impulse-verlag.de
www.marxistische-blaetter.de

NEUE IMPULSE VERLAG



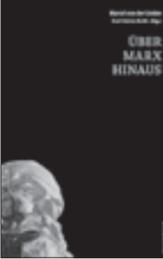
KOLLEKTIV RAGE
BANLIEUES
DIE ZEIT DER FORDERUNGEN IST VORBEI

Im Herbst 2005 revoltierten die Jugendlichen der französischen Banlieues in nicht gekanntem Ausmaß und mit nicht gekannter Intensität. Seitdem riss die Kette der Unruhen kaum ab, auch 2009 sind bereits Aufstände zu verzeichnen.

Nicht nur in den »Problemvierteln« Frankreichs, auch im Berliner Wedding oder in Neukölln versucht der Staat mit »neuen Formen des Regierens« zu antworten.

Als Collage aus Analysen, Interviews und Hintergrundberichten umreißt das Buch die Vorgeschichte und den sozialen Zusammenhang der Aufstände und gibt einen Einblick in den Alltag der Banlieues.

ISBN 978-3-935936-81-1 | 280 S. | 16 Euro
Neuerscheinung



MARCEL VAN DER LINDEN
KARL-HEINZ ROTH (Hg.)
ÜBER MARX HINAUS

ARBEITSGESCHICHTE UND ARBEITSBEGRIFF IM 21. JAHRHUNDERT

Wie steht es angesichts der weltweiten Krise um die Marxschen Geschichtspragnosen, und wie um sein Verständnis von Arbeit? Ist es nicht an der Zeit, die Beziehungen zwischen Arbeitsgeschichte und Arbeitsbegriff neu zu durchdenken und das begriffliche Instrumentarium zu erweitern?

Dieser Sammelband, in dem Autorinnen und Autoren aus aller Welt zu Wort kommen, nimmt sich nichts weniger vor, als Reichweite und Aktualität der Marxschen Theorie auf der Höhe der Zeit neu auszuloten.

ISBN 978-3-935936-80-4 | 512 S. | 28 | Euro
Neuerscheinung

Assoziation A Berlin | Hamburg | assoziation-a.de

medien erscheint als Beilage der Tageszeitung *junge Welt* im Verlag 8. Mai GmbH, Torstraße 6, 10119 Berlin. Redaktion: Peter Wolter (V.i.S.d.P.), Anzeigen: Silke Schubert, Gestaltung: Daniel Hager, Michael Sommer

Blutausch im Sonnenstaat!



Toby Barlow
SCHARFE ZÄHNE
Roman
ISBN 978 3 85286 181 4

Romeo and Juliet, werewolf-style.

In seinem international gefeierten Roman zeichnet Barlow ein düsteres Bild der Stadt Los Angeles und vereint die Coolness von *Noir-Krimis* mit antiker Mythologie sowie eine berührend aufrichtige **Liebesgeschichte** mit dem Porträt einer Stadt, die voller Träume und Alpträume steckt.

Scharfe Zähne ist ein ausgezeichneter **Horrorroman** und eine dunkle Ideengeschichte der **Populärkultur des 21. Jhd.**

Schlechte Nachricht für Traditionalisten: Werwölfe sind heutzutage gegen Sonnenlicht immun. Wir sind schließlich in **Kalifornien**.

www.milena.verlag.at

★ FAIR-TRADE-T-SHIRTS-GIRLIES-TANKTOPS-POLOS-KAPUZENPULLOVER ★

★ JACKEN-PATCHES-BUTTONS ★

ZONA ANTIFASCISTA

grandioso-versand.de
grandioso-textildruck.de

★ MUSIK-FAHNEN-ZINES-BOOKS-STREETWEAR-TASCHEN-RUCKSÄCKE ★

★ KAPUZEN - LONK-STRIPES - SEITENSTRIPES ★

»Die Redaktionen haben Angst«

Viele Verlage sparen ohne wirkliche Not den Qualitätsjournalismus kaputt. Ein Gespräch mit Heribert Prantl

Von Ihnen stammt die Aussage, Zeitungen seien systemrelevant – und zwar für ein System, das nicht Marktwirtschaft oder Kapitalismus heißt, sondern Demokratie. Dennoch lehnen Sie ein staatliches Rettungspaket für Zeitungen ab, um die Unabhängigkeit zu wahren. Glauben Sie, daß Medienkonzerne die Pressefreiheit besser gewährleisten als der Staat?

Zur Zeit muß man wirklich sagen, daß die größere Gefahr für die Pressefreiheit von den Medien, nicht vom Staat und seinen Gesetzen ausgeht. Die Art und Weise, wie der Journalismus kaputtgespart wird, und der Versuch, die Profite zu maximieren, indem man den Inhalt minimiert, sprechen leider nicht dafür, daß Medienhäuser und Journalismus die Bedeutung der Pressefreiheit richtig einschätzen. Zumindest nicht die damit verbundenen Notwendigkeiten. Aber die Gefahren einer Staatsfinanzierung liegen auf der Hand: Ich möchte nicht erleben, daß aus der taz, der jungen Welt oder der Süddeutschen Zeitung eine Art ZDF wird, wo die Parteien in die Entscheidung hineinregieren, wer Chefredakteur oder Ressortleiter wird. Außerdem sollten wir nicht so tun, als könne der Qualitätsjournalismus ohne Staatshilfe nicht überleben. Noch mehr als das Geld fehlt dem deutschen Journalismus die Leidenschaft. Über Staatshilfe will ich erst dann nachdenken, wenn wichtige Zeitungen vor dem Exitus stehen. Zeitungen sind das tägliche Brot für die Demokratie. Bei einer Hungersnot der Demokratie müßte also der Staat helfen. Aber diese Not sehe ich momentan überhaupt nicht.

Der 14. Mainzer Mediendiskurs stand unter dem Motto »Schweigen, Lügen und Vertuschen – Wenn die Wahrheit nicht mehr öffentlich wird«. In der Diskussion hieß es aber, das Hauptproblem sei nicht Vertuschung, sondern daß kaum noch jemand bereit sei, für sorgfältige Recherche zu bezahlen. Bei freien Journalisten auf Zeilengeldbasis wird schlechte Recherche ja faktisch mit einem besseren Stundensatz belohnt. Welche Auswege sehen Sie?

Einige Zeitungen sind dazu übergegangen, kaum noch Freie zu beschäftigen; die Redaktion soll alles selber machen. Andere praktizieren Outsourcing; sie lagern ganze Redaktionen aus. Besonders bitter ist das dann, wenn die – zeitraubende und teure – Recherche dabei unter die Räder kommt. Guter Journalismus ist nicht billig, sondern teuer. Investigativer Journalismus ist besonders teuer: Womöglich kommt ja bei einer langwierigen Recherche nichts heraus, was Nachrichtenwert hat. Aber das in Kauf zu nehmen, macht die Qualität der Recherche aus. Ein freier Journalist hat dann vielleicht mehrere Tage Arbeit umsonst investiert. Deshalb wird er die Finger von bestimmten Themen lassen. Die Aufklärungskompetenz der Presse leidet, und damit die Pressefreiheit. Es handelt sich ja nicht primär um die Freiheit, Presseerklärungen umzuschreiben. Die Verlage und die Redaktionen müssen das Gefühl für den Wert der Aufklärung wieder gewinnen. Davon lebt

die Güte des Produkts. Das schafft auch ökonomischen Erfolg.

Was halten Sie von der Idee, Redaktionsstatute einzuführen, wie es von Gewerkschaften vor einiger Zeit gefordert wurde?

Ich bin ein großer Freund von Redaktionsstatuten, zumal es bei der Süddeutschen eines der letzten großen Statute gibt. Es ist zur Zeit der großen Statutenbewegung vor 25 bis 30 Jahren ein wenig verlacht worden, weil es nicht so weit ging wie die Statute anderer Zeitungen, die heute allerdings gar keine mehr haben. Unseres sieht z. B. Mitbestimmung bei der Besetzung von leitenden Redakteursstellen vor. Der Verlag kann uns nicht einfach irgendwelche Ressortleiter und Chefredakteure vor die Nase setzen, was schon mal wichtig für die innere Pressefreiheit ist.

Ein Statut kann natürlich auch zum Ausdruck bringen, daß eine Zeitung Wert legt auf Recherche, Investigation, Analyse und Kommentar. Das alles läßt sich als Anspruch im Statut verankern – ihre konkrete Finanzierung aber nicht.

Raten Sie Ihren Kolleginnen und Kollegen, sich gewerkschaftlich zu organisieren?

Das hängt davon ab, wie gut die Gewerk-

den. Für freie Journalisten, die nicht in der Redaktionskonferenz sitzen, sieht es natürlich anders aus.

Welchen Eindruck haben Sie von der Qualitätsentwicklung im Journalismus der letzten 20 bis 30 Jahre?

Wenn Sie mich nach so einem langen Zeitraum fragen, dann ist die Qualitätsentwicklung gut. Tageszeitungen sehen heute aus wie früher Magazine. Sie haben auf die Konkurrenz des Fernsehen gut und richtig reagiert.

Sie meinen, es gab einen Höhepunkt, der schon wieder vorbei ist?

Richtig. Ich bin jetzt seit 22 Jahren Journalist, in den ersten 15 Jahren waren die Veränderungen atemberaubend positiv – auch die meiner Süddeutschen. Die blanke Wiedergabe von politischem Kleinkram, von Puzzlesteinchen, ist mehr und mehr durch gute Analysen und Hintergrundberichte ergänzt und ersetzt worden. Die Süddeutsche ist qualitativ so geworden wie der Spiegel in seinen großen Zeiten war. Die kluge Magazinierung der Tageszeitung ist eine Entwicklung, die mehr oder minder für viele Zeitungen gilt – und dann kam der große Einbruch im Anzeigengeschäft. Seither wurden viele Redaktionen ausgedünnt und Redakteure entlassen. Jetzt geht es darum, unter großem Spardruck die erreichte Qualität zu halten. Die größte Gefahr derzeit ist, daß die Verlage die Situation für überzogene Notwehr nutzen. Die Redaktionen sind unruhig, haben Angst und sind heute geneigt, ungerechtfertigte Sparaktionen hinzunehmen – es könnte ja sonst noch schlimmer kommen. Aber die Verlage schaden sich selbst, wenn sie diese Angst ausnutzen.

Der Spiegel stand lange Zeit für Qualität. Was halten Sie von seiner Berichterstattung über die Krebserkrankung von Linksparteichef Oskar Lafontaine und seine angebliche Affäre?

Die Krebserkrankung hat Lafontaine selber bekanntgegeben; darüber kann man in angemessener Form schreiben. Die Spiegel-Berichte über seine angebliche Affäre fand ich nicht nur albern, sondern ziemlich unmöglich. Das ist politischer Paparazzismus, das ist Schlüssellochguckerei, die als Bestandteil notwendiger Politikbeobachtung getarnt wird. Im übrigen ist die Art und Weise, wie der deutsche Journalismus ganz überwiegend über Lafontaine geschrieben hat, ein Thema für sich. Über Jahre hinweg war er einer der wenigen Politiker, die auch in nachrichtlichen Texten ganz selbstverständlich mit negativen Adjektiven belegt wurden.

Interview: Claudia Wangerin



Heribert Prantl leitet das Ressort Innenpolitik der Süddeutschen Zeitung. Der promovierter Jurist gilt als engagierter Verteidiger der Grundrechte und erhielt zahlreiche Auszeichnungen für Kommentare und Bücher, so auch den Geschwister-Scholl-Preis.



SXC/HUYVERZIERK

schafft arbeitet und wie man sich da dann selber einbringen mag. Wer in der Redaktion den Mund nicht aufmacht, wird ihn in der Gewerkschaft auch nicht aufmachen. Ich will sagen: Gewerkschaft kann Mut machen und stärken, ist aber nicht dafür da, eigenen fehlenden Mut zu ersetzen. Am wichtigsten ist es, sich am Arbeitsplatz, in der Redaktion, mit den Kolleginnen und Kollegen zu verbünden. Bevor ich mir Unterstützung von außen hole, muß ich in meiner Arbeitsumgebung klarmachen, warum es unverzichtbar ist, zwei Kollegen zu ersetzen, die demnächst aus Altersgründen ausschei-

**AUGUST KÜHN
ZEIT ZUM
AUFSTEHN
EINE FAMILIENCHRONIK**
mit einem Vorwort von Dr. Klaus Hahnzog
und einem Nachwort von Rivan Münch-Kühn
462 Seiten, Leinen mit Schutzumschlag, Bildteil, 1. Aufl.
ISBN 978-3-922431-85-5
19,90 Euro

Wiederherausgabe

In der 1975 zum ersten Mal veröffentlichten und seitdem viel gelesenen proletarischen Familiensaga vereint sich die pralle Fülle August Kühns Lebens mit akribischer Recherche und dem unerschütterlichen Glauben

zu bestellen bei:
Verlag Das Freie Buch
Tulbeckstr. 4

Auferstehen aus Ruinen!

Die Entwicklung unserer eigenen Kultur erfordert die grundsätzlich heitere Wiedererlangung des Wissens um die vierzigjährige praktische Arbeit am Sozialismus in Deutschland. Die Arbeit an unserer eigenen Kunst und Kultur braucht unser Selbstbewußtsein.

»Der Sozialismus beweist uns, wo man ihn in neuester Zeit / Abschaffte, seine Unentbehrlichkeit.«
Peter Hacks in: »Tamerlan in Berlin«, Eulenspiegel Verlag, Berlin 2002

Ein freudvoll-grimmiges Künstler-Buch zur Sache:
Thomas J. Richter, »Das erste dialektisch-melancholische Kunstbuch zur DDR-Geschichte«, Berlin 2009

www.thomas-j-richter.de



ANZEIGEN

Immunisierung gegen Meinungsmache

Mit der Auflage einer mittleren Tageszeitung vergleichbar: Das Internetportal »NachDenkSeiten« wird täglich von 50 000 Lesern besucht. **Von Wolfgang Lieb**

Wolfgang Lieb (SPD) war Staatssekretär im Forschungsministerium Nordrhein-Westfalens sowie Sprecher des damaligen Ministerpräsidenten Johannes Rau. Gemeinsam mit Albrecht Müller, früher Planungschef im Bundeskanzleramt unter Willy Brandt und Helmut Schmidt, betreibt er seit mehreren Jahren das Internetportal NachDenkSeiten.

Die kritische Website www.NachDenkSeiten.de ist ein faszinierendes Projekt. Das ist nicht nur die Meinung der Herausgeber, es ist vor allem die Meinung Tausender unserer engagierten Leserinnen und Leser. Ihre freundlichen Mails an uns schließen häufig mit »Bitte macht weiter«. Weiter mit dem Versuch, eine Gegenöffentlichkeit zum herrschenden großen Strom der »neoliberal« geprägten Meinungen aufzubauen. Das ist das Ziel der NachDenkSeiten.

Die Website ist im Grunde als Auftragsarbeit entstanden. Viele Freunde und Bekannte, mit denen Albrecht Müller und ich uns über politische Themen austauschten, und viele Menschen, mit denen wir nach unseren Vorträgen diskutierten, fühlten sich vor allem nach der Verkündung der Agenda 2010 durch Bundeskanzler Gerhard Schröder im März 2003 und aufgrund der ihr folgenden öffentlichen Debatte irritiert und hilflos. Ständig hörten und lasen sie überall, daß es Deutschland schlecht gehe, daß wir »strukturelle Reformen« bräuchten – und daß es nur mit weniger Staat, Deregulierung, niedrigeren Steuern, niedrigeren Löhnen und einer Senkung der »Lohnnebenkosten«, mit einer Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und vor allem mit einem »Umbau« des Sozialstaates und der »Stärkung von Eigenverantwortung« in Form einer Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme wieder aufwärts gehen könne.

»Warum stellt ihr euch nicht gegen den Meinungstrend?« wurden wir immer wieder gefragt und gedrängt. Und dann kam irgendwann die Idee, eine Website aufzubauen.

Wir haben uns vorgenommen, mit www.nachdenkseiten.de eine gebündelte Informationsquelle für jene Bürgerinnen und Bürger zu bieten, die an der eindimensionalen Berichterstattung der öffentlichen Meinungsmacher zweifeln und die gegen die von den meisten Medien nachgeplapperten Parolen Einspruch anmelden. Die Website sollte eine Anlaufstelle werden für alle, die sich über gesellschaftliche, ökonomische und politische Probleme unserer Zeit noch eigene Gedanken machen wollen.

Gegen nachgeplapperte Parolen

Wir wollten ein Angebot schaffen für jene, die in den meinungsprägenden Medien kein ausreichend kritisches mehr sehen. Die »NachDenkSeiten« wollen hinter die interessengebundenen Kampagnen der öffentlichen Meinungsbeflussung leuchten. Wir haben uns vor allem vorgenommen, ständig wiederholte Denkfehler und sich ausbreitende kollektive Vorurteile aufzudecken. Dadurch, daß wir den Interessenbezug vieler Protagonisten der vorherrschenden Ideologie und der von ihnen ständig wiederholten Argumente herausarbeiten, setzen wir kritische Impulse, die dauerhaft wirken. Wer einmal die Interessengebundenheit der angeblich »objektiv notwendigen« oder »alternativlosen« Rezepte durchschaut hat und wer die Vorherrschaft des eindimensionalen neoliberalen Denkens immer wieder an Hand von Fakten und rationalen Argumenten in Frage stellen kann, der läßt sich nicht mehr so leicht an der Nase herumführen und er wird

immun gegen ständige Indoktrination von oben. Dieser »Aha, so ist das«-Effekt ist wichtig für unser Ziel, gemeinsam mit unseren Leserinnen und Lesern und vielen anderen befreundeten Blogs eine Gegenöffentlichkeit zum herrschenden Meinungsmainstream aufzubauen.

Daran arbeiten wir nun seit sechs Jahren rein ehrenamtlich mit einigem Erfolg. Ohne jede Werbung und allein durch Mund-zu-Mund-Propaganda besuchen inzwischen täglich über 50 000 Leserinnen und Leser die »NachDenkSeiten« und weit über fünf Millionen sogenannte Page Impressions werden monatlich registriert. Die »NachDenkSeiten« sind inzwischen zu einem täglich erscheinenden Gemeinschaftswerk zahlloser engagierter Leserinnen und Leser geworden, die uns mit ihren Lesefrüchten und mit Fakten und Argumenten versorgen. Über 400 Förderabonnenten helfen uns, unsere Unkosten zu decken. Wir sind natürlich immer noch ein kleiner David gegen viele Goliaths, und es wäre größtenteils sinnlos zu meinen, wir könnten alleine etwas gegen *Bild*, *Spiegel* oder andere Leitmedien ausrichten. Aber wir erreichen Meinungsmultiplikatoren wie Betriebsräte und Vertrauensleute in den Betrieben, wir erreichen Lehrerinnen und Lehrer, kirchlich Engagierte oder Studierende, wir erreichen auch viele politisch Aktive in den Parteien, und wir werden von kritischen Journalisten genutzt.

Kommunikationszentren

Die »NachDenkSeiten« wirken schon jetzt nicht nur als Informationsplattform, sondern als Netzwerk, ja geradezu als eine Art Kommunikationszentrum. Engagierte Leserinnen und Leser hatten die Idee, in Städten und Regionen Deutschlands »NachDenkSeiten«-Gesprächskreise zu bilden, bei denen Menschen über die Denkanstöße aus unserem Blog zum persönlichen Gedankenaustausch zusammenfinden. Schon wenige Monate nach unserem Aufruf »Kommen Sie miteinander ins Gespräch!« haben sich über 100 solcher Gruppen quer durch die Republik gebildet, selbst in Brüssel und in London gibt es Initiativen. Die ersten Berichte aus den NDS-Gesprächskreisen sind sehr ermutigend.

Die NachDenkSeiten würden zumal nach dem Ausgang der Bundestagswahl gerne noch wirkmächtiger von unten Druck gegen eine weitere Umverteilung zu Lasten der Schwächeren und gegen den weiteren Abbau der Errungenschaften des Sozialstaates ausüben. Leider fehlen uns dazu (noch) die nötigen Ressourcen. Deshalb laden wir ein, mitzumachen beim weiteren Aufbau einer Gegenöffentlichkeit.



Das Gros der Obdachlosenzeitungen aber geht finanziell am Stock. Wenn überhaupt ist höchstens der Chefredakteur Profi. Weil die Redaktionen oft nur geringe Honorare zahlen können, sind sie auf eifrige Ehrenamtliche und sachverliebte Sozialarbeiter angewiesen, die fürs Schreiben nichts nehmen.

Es gibt sie in fast jeder deutschen Großstadt, und natürlich ist Berlin wieder besonders duft: Wo Hamburg, Köln und München mit nur einer auskommen müssen, gönnt sich die Hauptstadt gleich drei. Die Rede ist von Straßenzeitungen, jenen Blättern, die von Obdachlosen und anderen Armen in der Fußgängerzone oder in der S-Bahn verkauft werden. Das Prinzip ist denkbar einfach: Vom Erlös bekommen die Verkäufer einen Anteil für sich, im Idealfall die Hälfte. Mit dem Rest finanzieren die Redaktionen ihre Büros und alles andere, was man zum Zeitungsmachen braucht.

Die soziale Idee, die 1993 aus Großbritannien nach Deutschland kam, ist erfolgreich; immerhin haben die etwas über 40 Straßenzeitungen in der Bundesrepublik zusammen eine Auflage von gut eine Million Exemplaren. Aber wie ist es um die journalistische Qualität bestellt? Die Fachzeitschrift *Journalist* des Deutschen Journalistenverbandes hat sich die

Gewollt und nicht gekonnt

In Deutschland gibt es etwa 40 Straßenmagazine – die meisten sind schlecht gemacht

drei Berliner Blätter einmal näher angeschaut und kommt zum Schluß: »Schlecht geschrieben, lustlos layoutet und ohne thematisches Profil.« Die mäßige Qualität habe sich in der Hauptstadt längst rumgesprochen. Als ernstzunehmendes Medium hätten sie keine Bedeutung.

Ein Urteil, daß auch für viele andere Straßenmagazine in Deutschland gilt. Nur die Marktführer wie *Hinz & Kunzt* aus Hamburg, *Asphalt* aus Hannover und *Trottoir* aus Stuttgart genügen hohen Ansprüchen und sind ernst zu nehmende Alternativen zur herkömmlichen Presse in der Stadt. Kein Wunder: Dort sind gelernte Journalisten und kreative Layouter am Werk. Allerdings verfügen die großen Straßenmagazine mit ihrer Auflage von jeweils zwischen 20 000 bis 70 000 auch über genügend Geld, sie zu bezahlen.

Das Gros der Obdachlosenzeitungen aber geht finanziell am Stock. Wenn überhaupt ist höchstens der Chefredakteur Profi. Weil die Redaktionen oft nur geringe Honorare zahlen können, sind sie auf eifrige Ehrenamtliche und sachverliebte Sozialarbeiter angewiesen, die fürs Schreiben nichts nehmen. Entsprechend unterirdisch ist meistens das Niveau. Hier und da nehmen auch die Verkäufer selbst massiv Einfluß darauf, was ins Heft kommt. Manche Zeitungen stehen unter der Kuratel der Kirche. So entstehen rührende Geschichten über Hartz-IV-Empfänger, die als Hobby Terrakotta-Püppchen basteln oder sich im Wohnzimmer fünf Kaninchen halten. Richtig aufbereitet vielleicht sogar ganz spannend, aber dazu fehlt vielen Redaktionen schlichtweg das Know-how.

So sind viele Straßenmagazine in Deutschland vollgepfropft mit langatmigen Erlebnisberichten über den letzten Grillabend der Verkäufer und Gedichten von Wohnungslosen, in denen kein Reim stimmt. Berichten die Zeitungen über das Notasyl oder einen Treffpunkt für Obdachlose, stammen die Artikel oft genug aus der Feder der dort beschäftigten Sozialarbeiter. Häufig sitzen sie sogar mit in der Redaktion. Unabhängige, kritische Berichterstattung über städtische Einrichtung ist somit fast unmöglich; Straßenmagazine sind in vielen Städten inzwischen Teil eines Klüngels, in dem eine Krähe der anderen kein Auge aushackt. Bloß nicht anecken und womöglich Käufer und Sponsoren verärgern, ist die Devise. Der journalistische Anspruch bleibt dabei auf der Strecke.

Gerrit Hoekman

Sparen an der Substanz

Unternehmensberatungen übernehmen vielfach das Kommando – Redakteure werden zu drittklassigen Dienstleistern degradiert. **Von Thomas Leif**

In seinem biografisch gestützten Buch »Das Leben ist der Ernstfall« hat Jürgen Leinemann immer wieder kluge Gedanken und bittere Wahrheiten zur Innenausstattung des Journalismus eingestreut. Wenn der frühere Spiegel-Star (Jahrgang 1937) seine Beobachtungen nach einem langen und erfolgreichen Journalisten-Leben bilanziert, dann sind seine Analysen zur Gefährdung des Qualitätsjournalismus ernsthafter als manche Mahnung in flüchtigen Kongreß-Reden. Auf Seite 182 bemerkt er: »Mich bedrückt dabei vor allem, daß sich auch die Einstellung vieler jüngerer Kollegen zu ihrem Beruf offensichtlich verändert hat. Sie erscheinen mir karriere- und egobessener einerseits, unverbindlicher und leidenschaftsloser in der Sache andererseits. Gibt es denn gar nichts mehr, wofür man sich begeistern kann? Und nichts was einen erbittert und aufregt?« Leinemann verklärt die »alten Zeiten« nicht; aber ohne diese tektonischen Veränderungen würde heute nachhaltiger nach der Verantwortung der Bankmanager für den Finanz-Kollaps des Staates gefragt.

Mitten in der schwersten Wirtschafts- und Finanzkrise der Bundesrepublik und in einem monatelangen Weichzeichner-Wahlkampf wurden alle möglichen Themen verhandelt. Nur – die Verantwortung der Banken für diese Wirtschaftskrise wurde weitgehend ausgeblendet. Trotz der bilanzsicheren Verantwortungsanalyse verzichteten Politik und viele Medien (noch) auf eine gründliche Analyse der Bankenkrise. Beide haben weitgehend versagt, als es darum ging, absurde Geschäftsmodelle, besinnungslose Ratingagenturen und undurchschaubare Gier-Fonds wirksam zu kritisieren und damit ihre Kontrollaufgabe wahrzunehmen. Schneller als erwartet hat man sich an ungenutzte Rettungsschirme, toxische Bad-Banks und sich »tot stellende« – von Topagenturen beratene – Banker gewöhnt.

Nur selten bricht jemand aus diesem Kartell der stillschweigenden Übereinkunft aus und sagt laut und deutlich, wie dieses Mißverhältnis zwischen Handeln und Aufklären zu erklären ist. Einer, der den Mut dazu hatte, laut und deutlich in aller Öffentlichkeit die Wahrheit zu sagen, ist Eggert Voscherau, der Aufsichtsratschef der BASF. Mitte Juni 2009 rief er seinem Publikum im



PHOTOCASE.COM/COMPLIZE

Ludwigshafener Feierabendhaus zu: »Die Wall Street hat nur eine Schlacht verloren, nicht den Krieg.« Kein Finanzprodukt, das den »Weltbrand« entfacht habe, sei bislang verboten. Selbst der frühere Vertraute der Kanzlerin, Prof. Dr. Paul Kirchhof, bilanzierte bitter: »In der Öffentlichkeit wird die Wahrheit unterdrückt.« (Süddeutsche Zeitung Magazin, Juni 2009)

Schrumpfen und verdichten

Täglich laufen neue Entlassungspläne großer Verlage über den Ticker: mal geht es um 150 Redakteure, die ihren Job verlieren sollen, mal um 200, gelegentlich um mehr. Wichtige Titel werden eingestellt, große Fachredaktionen – etwa die Wirtschaftsredaktionen des Gruner + Jahr-Verlags zusammengelegt, die journalistische Kompetenz ausgedünnt und eingedampft. Auch die öffentlich-rechtlichen Sender stellen sich für die nächsten Jahren auf ein Minus von 15 Prozent ihrer Etats ein und kürzen zum Teil schon heute klassische Informa-

tionsprogramme. Sogar die ohnehin karge Agenturlandschaft in Deutschland wird wohl weiter schrumpfen. AP steht zum Verkauf, dpa kämpft um solvente Kunden.

Wohin führt es, wenn künftig an der journalistischen Substanz weiter gespart wird und erstklassige Redaktionen auf drittklassige Dienstleister reduziert werden? Welche Auswirkungen hat diese Entwicklung für einen qualifizierten, untersuchenden, interessierten, bildenden Journalismus? Brauchen die Medien – wie Karstadt, Quelle, Opel, Schiesser und Co – auch staatliche Hilfen, neue Subventionen, Steuererleichterungen? Ist die Etablierung von Stiftungen zur Förderung von Qualitätsjournalismus und die Etablierung gebührenfinanzierter Zeitungen nur ein (Alp)-Traum? Oder mehr? Viele Fragen – kaum Antworten.

Diktat der Betriebswirte

Die neuen masterminds des Journalismus sitzen nicht mehr in den Chefredaktionen oder Planungsabteilungen. Längst haben

Unternehmensberatungen das Kommando übernommen und versuchen, einer bereits ausgepreßten Zitrone noch mehr Saft zu entziehen. Der Chefredakteur des Handelsblattes, Bernd Ziesemer, hat seine Erfahrungen mit »Beratern« im ehrwürdigen Holzbrinck-Konzern offengelegt. Seine Bilanz sollte eigentlich alle Journalistenverbände und den Deutschen Presserat beschäftigen: Einige der Powerpoint-Präsentationen der Berater »waren in ihrer fachlichen Lächerlichkeit, intellektuellen Dumpfheit, betriebswirtschaftlichen Vordergründigkeit und moralischen Impertinenz nicht mehr zu überbieten. Viele von ihnen mißachten den Berufsstolz der Journalisten. Sie behandeln Journalisten wie die Bandarbeiter der Lückenfüllproduktion zwischen den Anzeigen. Und einige Verlage machen das leider mit.« (Wirtschaftsjournalist 2/2009) Ziesemers Analysen und die langfristigen Auswirkungen eines entkernten und reduzierten Journalismus waren leider am Tag nach der Veröffentlichung vergessen.

Prof. Dr. Thomas Leif ist Vorsitzender der Journalistenvereinigung **netzwerk recherche (nr)** sowie **Chefreporter Fernsehen des Südwestrundfunks in Mainz**. Weitere Informationen unter www.netzwerk-recherche.de



André Gorz
Auswege aus dem Kapitalismus
Beiträge zur politischen Ökologie
128 Seiten, Broschur, 2009
978-3-85869-391-4
Euro 16,00

Umweltaktivist avant la lettre

»Kapitalismuskritik und politisch-ökologisches Denken ergänzen sich und bedingen sich gegenseitig«, so die zentrale These von André Gorz. Und ein wirksamer Schutz der Umwelt ist ohne radikale Kritik des Kapitalismus nicht zu haben.

Rotpunktverlag.
www.rotpunktverlag.ch

PressEfreiheit

gIBts nicht

uMs Onst!



Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union in ver.di

Kontakt: www.dju-berlinbb.de



Karl Marx: Das Kapital 1.1
Die Zusammenfassung des Ersten Bandes des »Kapitals« verfasst vom Autor, mit einem Vorwort von Rolf Hecker
176 Seiten, Pocketbuch, 9,90 Euro
ISBN 978-3-320-02169-6



Karl Marx: Das Kapital 1.2
Die sogenannte ursprüngliche Akkumulation
128 Seiten, Pocketbuch, 9,90 Euro
ISBN 978-3-320-02209-9



CD mit Sachregister, Verzeichnis 1 und 2 zu Karl Marx, Friedrich Engels: Werke
14,90 Euro
ISBN 978-3-320-02204-4

Erstmals seit 1989 wieder vollständig lieferbar!

Karl Marx, Friedrich Engels: Werke

Band 1 bis 43, gebunden
jeder Band 24,90 Euro
(Band 26 in 3 Teilen 74,70 Euro)
Gesamt-ISBN 978-3-320-02208-2
Gesamtpreis 1.120,50 Euro



Werke 1-43 und CD
899,- Euro
Subskription bis 1. März 2010

dietz berlin
www.dietzberlin.de

ANZEIGEN

Immer schön stromlinienförmig

Lokalzeitungen verschweigen die Linkspartei gerne. Andere Medien führen Kampagnen: Null Recherche, einer schreibt vom anderen ab. **Von Ulla Jelpke**

Ulla Jelpke ist innenpolitische Sprecherin der Linksfaktion im Bundestag.

Es ist mittlerweile fast eine Binsenweisheit: In vielen Tageszeitungen und den ihnen angeschlossenen Internetportalen ist der Lokaljournalismus auf den Hund gekommen. Unabhängige Berichterstattung findet immer seltener statt, viele Lokalreporter stehen offenbar so unter Druck, daß sie sich widerspruchslos dem Mainstream fügen: Nur nicht auffallen, immer schön stromlinienförmig bleiben, heißt die Devise. Ausnah-

man ansehen, daß der Autor oder die Autorin unbeleckt von jeder Art Recherche war. Nachdem die NRW-Linke am 8. Oktober ihren Entwurf für ein Wahlprogramm vorgestellt hatte, wußte Bild.de schon, daß es »selbst eigenen Genossen zu radikal« ist. Als Kronzeuge dafür wurde der Linke-Politiker Bodo Ramelow angeführt, der aber lediglich kritisiert hatte, daß die Genossinnen und Genossen an Rhein und Ruhr den Religionsunterricht durch das Fach Ethik

tischen Anruf aus Berlin gab. Die Berliner Spiegel-Redaktion legte nach, gar mit Namensnennung. Die Parlamentarische Geschäftsführerin der Partei, Dagmar Enkelmann, wurde mit der lapidaren Aussage zitiert, sie Sorge sich um die Wahlchancen der NRW-Genossen, da viele ihrer Forderungen zu »radikal« sein – welche, erfährt man nicht. Auch die stellvertretende Parteivorsitzende Halina Wawzyniak wurde bemüht. Sie kritisierte im NRW-Entwurf die von der Gesamtpartei geteilte Forderung nach einem »wirklichen Recht auf Asyl« – allerdings nicht aus inhaltlichen Gründen, sondern weil dies Sache der Bundesgesetzgebung sei. Was ist denn jetzt zu »radikal«? – aus dem Spiegel erfährt man es jedenfalls nicht.

Neue Munition lieferte die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung (FAS) mit einem Interview mit Gregor Gysi (18. Oktober). Obwohl der Fraktionschef darin eher allgemein anmerkte, daß Entwürfe gegenüber der Endfassung immer leicht verändert würden, griff Bild.de den FAS-Text mit folgender Formulierung auf: »Gysi geißelt Programm seiner NRW-Genossen«. Die Springer-Schreiber wußten sogar, daß der Entwurf »für Kopfschütteln in ganz Deutschland« Sorge und stilisierten Gysis angebliche Äußerungen zum »Machtwort aus Berlin« hoch. Die tiefend katholischen Westfälische Nachrichten aus Münster wußte noch mehr Details. Ihr Redakteur Winfried Goebels schrieb, Gysi habe den NRW-Genossen gar den »Fehdehandschuh« hingeworfen, es gebe einen »Richtungsstreit zwischen radikalen Fundamentalisten in NRW und der Bundesspitze«.

Fassen wir zusammen: Die Kolleginnen und Kollegen der Bürgerpresse haben den Programmtext offenbar gar nicht gelesen oder bestenfalls nach Stichworten durchforstet, mit denen man meinte, die Linkspartei vorführen zu können. Einen Richtungsstreit, eine Fehde oder gar ein Machtwort gab es nicht. Immer nach dem Motto: Mit Recherche macht man sich die schönste Story kaputt.

Besonderes Haßobjekt der Journaille ist der Linksparteivorsitzende Oskar Lafontaine. Regelmäßig wird ihm angebliche

Unberechenbarkeit aufgrund seines konsequenten Rücktritts von der neoliberalen Schröder-Regierung 1999 und »Populismus« unterstellt. Als Kronzeugen werden dann gerne Politiker des Reformflügels der Linkspartei mit aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten herangezogen. Nachdem das Oskar-Bashing bei der Bundestagswahl ganz offensichtlich nach hinten losging und die Linke von den Wählern noch gestärkt in den Bundestag geschickt wurde, gingen Teile der Presse direkt zum Angriff auf Lafontaines Privatsphäre über. Ausgerechnet der Spiegel, der Lafontaine bislang Machtgier vorwarf und schon mal behauptete, die Linke sei eine reine Lafontaine-Partei geworden, sprach nun angesichts von Lafontaines Rücktritt von der Fraktionsspitze von Wählertäuschung. Eine Affäre mit einer Abgeordneten wurde ihm nachgesagt. Lafontaines Frau habe darum den teilweisen Rückzug aus Berlin befohlen, phantasierten Spiegel & Co. – um dann drei Tage später Krokodilstränen über die mittlerweile bekanntgegebene Krebserkrankung des Linksparteichefs zu vergießen. Keine 24 Stunden später führten die Medien dann schon die Nachfolgedebatte für Lafontaine, der seine Operation gut überstanden hatte.

Es ist durchaus verständlich, daß eine bürgerliche Presse, die überwiegend von Anzeigen aus der Wirtschaft lebt, einer linken Partei keine Blumen auf den Weg streut. Schließlich denkt die offen über eine Verstaatlichung von Energiekonzernen nach und stellt sich demonstrativ hinter die Beschäftigten von Discountern wie Lidl und Schlecker bei ihrem Kampf um Betriebsräte.

Unverständlich ist dagegen, daß eine solche Presse immer wieder Schützenhilfe aus den eigenen Reihen, von Funktionären und Leitungsmitgliedern der Linkspartei bekommt. Einige betätigen sich liebend gerne als Stichwortgeber der antikommunistischen Journaille.

Für Mitglieder der Linkspartei aber sollte die Springer Presse ebenso wie die »Nachrichtenmagazine« Spiegel und Focus für den parteiinternen Diskurs absolut tabu sein.



PHOTOCASE.COM/MEDIA/BABE

men bestätigen die Regel. Zeitungen und Zeitschriften gehören in der Regel entweder zu Konzernen oder Verlegerfamilien – allesamt kapitalistische Unternehmen. Es sollte daher nicht wundern, daß die von ihnen eingesetzten Verlags- und Redaktionsleitungen nicht gerade Sympathisanten für eine sozialistische Partei wie Die Linke sind. Dennoch sollte man darauf bauen dürfen, daß ein Mindestmaß an journalistischer Fairneß und sachgerechter Darstellung gewährleistet bleiben.

Im Vorfeld der Kommunalwahl am 30. August in Nordrhein-Westfalen war es schwer, dieses Minimum in manchen Medien überhaupt noch zu finden – es wurde nämlich immer wieder darauf verzichtet, Die Linke überhaupt zu erwähnen. Und wenn, dann wurden irrelevante Nebenaspekte in den Vordergrund gezerzt oder nicht existierende Richtungskämpfe beschrieben. Den meisten Beiträgen konnte

ersetzen wollten. Das der WAZ-Gruppe gehörende Online-Portal »Der Westen« hatte zu diesem Zeitpunkt bereits einen veritablen »Richtungsstreit« ausgemacht: »Linkspartei setzt über Programm der NRW-Kollegen«. In der Berliner Parteizentrale gingen bei Wortmeldungen des NRW-Landesverbandes manche Funktionäre »instinktiv in Deckung«, hieß es, hinter vorgehaltener Hand werde vieles als »wortradikaler Mist« bezeichnet.

Wer war die Quelle? Ein Parteivorstandsmitglied, ein Sachbearbeiter oder eine Sekretärin? Der Verdacht liegt vielmehr nahe, daß diese Zitate frei erfunden sind. Mit einem Griff zum Telefon hätte der verantwortliche Redakteur vielmehr erfahren können, daß es bei den »NRW-Kollegen« nicht einmal einen kri-



Vittorio Arrigoni
GAZA - MENSCH BLEIBEN RESTIAMO UMANI
mit einem Vorwort von Ilan Pappé
Zambon Verlag 2009
143 Seiten, Broschur
8,00 €
ISBN-10: 3889751571
ISBN-13: 978-3889751577
www.zambon.net



Henk Verheyen: Bis ans Ende der Erinnerung. Als belgischer »Nacht & Nebel-Gefangener« durch die Emslandlager ins KZ Flossenbürg
Pahl-Rugenstein 205 S., 37 Abb., Gb., 16,90
Henk Verheyen, geb. 1925, als Schüler Mitglied einer Widerstandsgruppe, am 27. Juni 1943 zusammen mit 23 Gleichaltrigen verhaftet. Von diesen »Nacht&Nebel«-Gefangenen überlebten nur acht die deutschen KZ. Der Autor kam nach Verhören und Folterungen im Gestapo-Gefängnis in Antwerpen in das KZ Esterwegen VII, dann in ein Außenlager des KZ Groß-Rosen (Schlesien), von dort ins KZ Flossenbürg, wo er am 20. April 1944 auf den Todesmarsch gezwungen wurde. Am 23. April bei Cham in Ostbayern von der US-Armee befreit. Schon als er einen ersten Zeitungsartikel über seine Erlebnisse verfasste, ringt er mit seiner ERINNERUNG: Was geschah ihm? Was weiß er davon? Was gibt ihm seine Erinnerung preis? Der Verfasser versucht 1949 mit einer Schilderung als altgermanische »Sage«, 40 Jahre später mit der »Promenade« (1985) und zuletzt in »Sanatorium« (1994) seine Erinnerung authentisch wie möglich darzustellen. Der Band vereint die Veröffentlichungen von 1949 und 1994 sowie Ausschnitte aus der »Promenade« mit den Original-Illustrationen.
www.pahl-rugenstein.de

Das Compagniegeschäft Marx & Engels



Klaus Körner
»Wir zwei betreiben ein Compagniegeschäft«
Karl Marx und Friedrich Engels
Eine außerordentliche Freundschaft
Eine außergewöhnliche Freundschaft
176 Seiten,
€ 15,-

»Der Hamburger Zeithistoriker und Publizist Körner folgt in seiner originellen Doppelbiographie in sieben übersichtlichen Kapiteln der Chronologie der Ereignisse von 1844 bis 1895. Er zeigt auf teils anrührende Weise, wie eng die Einheit von Freundschaft, theoretischem Denken und politischen Kämpfen war, in der die grundverschiedenen Charaktere Marx und Engels ihr gemeinsames Werk geschaffen haben ... Sie macht den Hintergrund einer noch immer nicht ganz ausgeleuchteten Theorie äußerst lebendig.«
Detlef Grumbach im Deutschlandfunk

KONKRET LITERATUR VERLAG
Hoheluftchaussee 74, 20253 Hamburg
Tel. 040/475234, Fax 040/478415
www.konkret-literatur-verlag.de

VAS • Ludwigstr. 12d • 61348 Bad Homburg • Tel.: 06172-6811 656 • Fax: 06172-6811 657 • E-Mail: info@vas-verlag.de • www.vas-verlag.de

J. Schindler & M. Held unter Mitarbeit von G. Würdemann
Postfossile Mobilität
Wegweiser für die Zeit nach dem Peak Oil
Mit 7 Nachrichten aus der Zukunft, 12 Tabellen, 12 Informationskästen und 86 Farbbildern
ISBN 978-3-88864-422-1 • 2009 • 301 S. • 19,80 €

Die zentrale Fragestellung ist: Wie kann Mobilität für alle Menschen gesichert werden, wenn die bisher so billig und reichlich erscheinenden fossilen Energiequellen zur Neige gehen? Ob wir wollen oder nicht, wir stehen am Beginn einer epochalen Transformation vom fossilen Verkehr zu einer postfossilen Mobilität. Indiesem Prozess wird eines zunehmend deutlich: »Fossiles Denken schadet noch mehr als fossile Brennstoffe«. (Bank Sarasin) Das Buch erzählt die Geschichte dieser Transition und beschreibt 7 Leitplanken, die für die postfossile Mobilität bestimmend sind.

Vandana Shiva
Leben ohne Erdöl
Eine Wirtschaft von unten gegen die Krise von oben
Aus dem Englischen von Lotta Suter
264 Seiten, Broschur, 2009
ISBN 978-3-85869-405-8
Euro 19,50

Umdenken – jetzt!
Wir sehen uns heute einer dreifachen Krise gegenüber, die unser Überleben gefährdet: Krise des Klimas, der Energie und der Nahrung. Vandana Shiva, Trägerin des Alternativen Nobelpreises und Vizepräsidentin von Slow Food International, sieht in diesen Krisen auch drei Chancen, nämlich die Schaffung einer lebendigen Wirtschaftsweise, einer lebendigen Demokratie und einer lebendigen Kultur.
Rotpunktverlag.
www.rotpunktverlag.ch

Freie Radios oder Bürgerfunk

Bundesweit gibt es noch 34 nichtkommerzielle Rundfunkstationen und 64 »offene Kanäle«. Von Gitta Düperthal

Macht Feminismus das Leben schöner? Ist es sinnvoll, wenn sich eine Feministin der ersten Stunde, Halina Bendkowski, mit der »Alpha-Mädchen«-Vertreterin Meredith Haaf streitet? Beim Nürnberger »Radio Z« geht solchen Fragen ein Mann nach.

»Ja, so sind wir eben! Die Redaktion hat entschieden, dafür könnten sich die Männer auch mal interessieren,« sagte Geschäftsleiterin Syl Glawion. »Radio Z« ist ein »Nichtkommerzielles Lokalradio« (NKL) eines der letzten seiner Art, die in den Äther gehen durften. Das war allerdings schon 1987.

Daß ein freier Sender auch eine »seriöse Ansprechadresse« haben muß, darauf hatte die mehrheitlich mit konservativen Verbänden und CSU-Leuten besetzte Bayerische Landeszentrale für Neue Medien (BLM) damals bestanden. Seitdem gibt es in der eher basisdemokratisch organisierten Rundfunkstation auch eine Geschäftsleitung.

Mit der BLM hatte »Radio Z« von Anfang an Schwierigkeiten. Schwulensendungen etwa waren überhaupt nicht gern gesehen, ihre Ausstrahlung mußte erst gerichtlich erstritten werden. Im Gegensatz zu kommerziellen Sendern gilt bei »Radio Z« das gesprochene Wort noch viel: Die Station hat einen Wortanteil von 60 Prozent an seiner Sendezeit – das kommerzielle »Radio FFH« in Hessen hingegen kam zu Beginn seiner Ausstrahlungen gerade mal auf ein Prozent.

»Radio Dreiecksland« in Freiburg ist ebenfalls frei. »Wir nennen uns so, weil wir Gegenöffentlichkeit zum kommerziellen und öffentlich-rechtlichen Proporz-Rundfunk bieten«, erklärt Michael Menzel, der geschäftsführende Redakteur. 1977 ging die Station erstmals on air, damals noch als Piratensender, bevor sie schließlich behördlich legitimiert wurde.

»Radio Dreiecksland« löste eine Welle von Nachahmern aus, von denen heute bundesweit noch 34 freie Radios geblieben sind. Sie bedienen jeweils sehr unterschiedliche Interessen – ob es gegen Atomkraftwerke geht oder Interessen von Frauen, Schwulen oder Hausbesetzern im Mittelpunkt stehen.

Daneben gibt es bundesweit noch 64 »offene Kanäle«, auch »Bürgerfunk« genannt. Diese Lokalradios haben aller-

dings keine mit den NKL vergleichbare Programmkonzeption, wie sie etwa »Radio Dreiecksland« in seinem Redaktionsstatut festgelegt hat: Antisexismus, Antirassismus, Antifaschismus, Antimilitarismus, Antikapitalismus, Antiklerikalismus... Hauptsache »anti«.

Auf den »offenen Kanälen« hingegen kann buchstäblich jeder senden, gleich welchen Quark sich die Freizeitredakteure ausdenken. Da findet man ernst zu nehmende Sozialbeiträge ebenso wie Urlaubsberichte, religiöse Spinnereien, Dichterlesungen, kindischen Schülerulk oder auch astreine PR-Geschichten nach dem Motto »Wie schleime ich mich beim Arbeitgeber ein«. Das alles ist oft so verquer und unübersichtlich, daß viele Hörerinnen und Hörer lieber abschalten.

Während offene Kanäle eher beliebig sind, gelten Freie Radios als links. Zumindest irgendwie: Ob sich »Radio Z« als revolutionär oder radikal verstehe, sei im Sender umstritten, sagt Syl Glawion zu

jW. »Jedenfalls wollen wir von der Hochkultur weg. Wir schauen vielmehr auf die Alltagswelt und kümmern uns z.B. um Stadtteilzentren.«

Worüber die Aufseher in München allerdings nicht immer glücklich sind, vor allem dann nicht, wenn zu dieser Alltagswelt auch ein Interview mit einem Teilnehmer der Proteste gegen das G-8-Treffen im Jahre 2007 in Heiligendamm gehört. Daß dieser eine Sitzblockade für angemessen hielt, stieß der BLM übel auf, sie verdonnerte Radio Z zu 200 Euro Geldstrafe. »Die haben wir dann bezahlt, weil wir es nicht auf einen Prozeß ankommen lassen wollten«, sagt Syl Glawion. Sie sieht es jedoch nicht unbedingt als »links« an, nur Betroffene und Aktivisten zu Wort kommen zu lassen. Viele Beiträge von »Radio Z« können durchaus mit professionellem Journalismus Schritt halten. In einem Beitrag zum Thema »Aufstand im Abschiebeknast Ingelheim« etwa kam auch die Polizei zu Wort – allerdings kri-

tisch zum »brutalen Einsatz« befragt.

So unterschiedlich wie ihre Klientel und das jeweilige Programmziel ist mitunter auch die Finanzierung dieses freien Rundfunks. »Radio Z« z.B. wird hauptsächlich über die Beiträge der 1300 Mitglieder alimentiert. Programmförderanträge an die BLM bringen im Einzelfall bis zu 30 000 Euro, hin und wieder kommt auch Geld aus Töpfen der Brüsseler EU-Bürokratie.

»Radio Lora« in München wiederum ist ganz anders gestrickt. Der Sender dient als Plattform von über 30 Organisationen, die zu seinem Profil »demokratisch, gewaltfrei, emanzipativ, parteiunabhängig« passen: ATTAC, ver.di-Frauen, DFG-VK, Amnesty International, der atheistische Bund für Geistesfreiheit – um nur einige zu nennen. Einige von ihnen tragen zur Finanzierung ebenso bei wie die Mitgliedsbeiträge des Fördervereins, Zuwendungen der BLM oder Kooperationen etwa mit dem Mieterverein.

Auf den »offenen Kanälen« kann buchstäblich jeder senden, gleich welchen Quark sich die Freizeitredakteure ausdenken. Da findet man ernst zu nehmende Sozialbeiträge ebenso wie Urlaubsberichte, religiöse Spinnereien, Dichterlesungen, kindischen Schülerulk oder auch astreine PR-Geschichten nach dem Motto »Wie schleime ich mich beim Arbeitgeber ein«. Das alles ist oft so verquer und unübersichtlich, daß viele Hörerinnen und Hörer lieber abschalten.



PHOTOCASE.COM/KNALLGERIN

ANZEIGEN

KÖPENICKER WEINLADEN

GUTE WEINE IN KREUZBERG

Mo.-Fr. 14-18.30 Uhr, Sa. 10-14 Uhr, Tel.: 0 30/6 11 90 09, Köpenicker Str. 8, 10997 Berlin-Kreuzberg

"Es kommt darauf an, die Welt zu verändern!"

www.bekleidungssyndikat.de
fair - bio - vegan

Linke Klassiker

Stefan Bollinger (Hg.)
Linke und Nation
Klassische Texte zu einer brisanten Frage
ISBN 978-3-85371-302-0, br., 176 S., 12,90 Euro, 23,50 sFr.

ebenfalls erhältlich in der Edition Linke Klassiker:

Felix Wemheuer (Hg.)
Maoismus
ISBN 978-3-85371-288-7

Kraft/Reitter (Hg.)
Der junge Marx
ISBN 978-3-85371-274-0

im Promedia Verlag
www.mediashop.at, promedia@mediashop.at

Die Weltvernichtungsmaschine

Stefan Frank
Das Buch zur Krise
Stefan Frank
Die Weltvernichtungsmaschine
Vom Kreditboom zur Wirtschaftskrise

Besuchen Sie uns auf der Linken Literaturmesse 2009 in Nürnberg
www.conte-verlag.de

VSA: Kommunismus als wirkliche Bewegung denken

Thomas Seibert: **Krise und Ereignis**
Siebenundzwanzig Thesen zum Kommunismus
200 Seiten; € 16,80; ISBN 978-3-89965-384-7
Das Ereignis der Krise birgt für die Kämpfe gegen Unterdrückung und Ausbeutung die Möglichkeit einer emanzipatorischen Wende. Es wird daher für die konkreten Subjekte zu einer Sache politischer Wahrheit – vergleichbar dem bislang letzten revolutionären »Wahrheitsereignis« vom Mai 1968. Thomas Seibert, Philosoph und Aktivist, verschafft der Philosophie eine prominente Rolle im Denken der Revolution und in der Konstitution militanter Subjektivität.

Im Buchhandel oder bei: VSA-Verlag, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-0, Fax 040/28 09 52 77-50, info@vsa-verlag.de
Noch mehr linker Lesestoff, Leseproben, Infos, Tipps: www.vsa-verlag.de

Anne Alex, Dietrich Kalkan (Hg.)
Ausgesteuert - ausgegrenzt... angeblich asozial

ISBN 978-3-930-830-56-5 | 381 Seiten | 28 €

Das Buch befasst sich mit der Geschichte von Unangepassten und Missliebigen, insbesondere der Aufklärung über die Verfolgung und Vernichtung so genannter Asozialer im Nationalsozialismus. Es werden Kontinuitäten und Brüche dieser Entwicklung bis hin zu aktuellen Erscheinungen unter den Fragestellungen „Wer ist nützlich?“ und „Wer ist minderwertig?“ diskutiert.

AG SPAK Bücher | www.agspak-buecher.de

LIBROLETTO HÖRBÜCHER

www.libroletto.com

Erzählungen aus dem Orient
Hartmut Böker
Grüß den Brecht

14,80 EUR • ISBN 978-3-940651-04-7
24,80 EUR • ISBN 978-3-940651-05-4

Offizin

Bödekerstraße 75
30161 Hannover
Tel. 0511 - 807 61 94
Fax 0511 - 62 47 30
info@offizin-verlag.de
www.offizin-verlag.de

Neue Reihe bei Offizin: Kritischen Beiträge zur Bildungswissenschaft, hg. von Klaus Ahlheim

Band 1: Klaus Ahlheim
Erinnern und Aufklären – Interventionen zur historischen-politischen Bildung
156 Seiten, 13,80 €
Bildung darf nicht zur Zurückrichtung der (arbeits-)marktgerechten »Ressource« Mensch verkommen.

Politische Protestbewegungen – Probleme und Perspektiven nach 1968
Marcus Hawel, Helmut Heit, Gregor Kritidis, Utz Anhalt (Hg.)
227 Seiten, 16,80 €
Mit Beiträgen von Utz Anhalt, Regina Becker-Schmidt, Michael Buckmiller, Marcus Hawel, Helmut Heit, Peter Erwin Jansen, Gregor Kritidis, Klaus Meschkat, Wolfgang Nitsch, Joachim Perels, Michael Vester und KD Wolff

Andrea Gabler
Antizipierte Autonomie
Zur Theorie und Praxis der Gruppe »Socialisme ou Barbarie« (1949 – 1967)
294 Seiten, 28,80 €
»... eine materialreiche, ausführliche und pointierte Darstellung der Arbeit und Wirkungsgeschichte der Gruppe »Socialisme ou Barbarie« (express 7-8/2009)

Offenbarungseid

Wenn es um Kuba geht, lügen Rundfunk, Presse und TV oft wie gedruckt. Ein bayrischer Rechtsanwalt hat einige Berichte seziert. **Von Claudia Wangerin**

Hans Weiss hatte Kuba noch als die Insel in Erinnerung, wegen der er im Alter von zwölf Jahren vor einem Atomkrieg zittern mußte. Er wurde 49 Jahre alt, bevor er dann zum ersten Mal auf die Karibikinsel reiste, voller Erwartung, dort ein schreckliches Unrechtsregime kennenzulernen. Es kam dann aber doch ganz anders.

Am Anfang führte Weiss noch eine Art Reisetagebuch, in dem er Schikanen und Repression durch den sozialistischen Staat dokumentieren wollte. Das war aber gar nicht so einfach, wie er mit leichter Enttäuschung registrierte – man ließ ihn überall freundlich passieren. Überrascht stellte er fest, daß sich Kubanerinnen und Kubaner ohne Scheu über Gott und die Welt mit ihm unterhielten.

Noch viele Aufenthalte sollten folgen – und irgendwann fing Weiss an, systematisch zu recherchieren, was an westlichen Medienberichten über Kuba dran ist. Diesem Umstand verdanken wir zwei medienkritische Bücher, die sich trotz ihres ersten Inhalts sehr unterhaltsam lesen: »Märchen von Kuba« beschreibt unter anderem seine eigene Konfrontation mit der Realität. Das erst vor wenigen Monaten erschienene Buch »Nachrichten von der Schurkeninsel« dokumentiert, welchen Schwachsinn sich so manche Autoren zu Kuba einfallen lassen.

Harmlos sind noch die Wehklagen über das Akkreditierungsverfahren, das der Bayerische Rundfunk in einem Bericht über die Erkrankung des früheren Staatschefs Fidel Castro im Jahr 2006 zur Journalisten-



feindlichkeit aufblies. Verschwiegen wurde allerdings, daß es weit weniger Zeit und Nerven in Anspruch nimmt als der Antrag auf ein Journalistenvisum für die USA.

Weniger harmlos ist der Opfermythos, der um Exilkubaner gesponnen wird, die Bombenanschläge auf die Zivilbevölkerung verübt haben. So moderierte eine Welt-Journalistin im April 2007 in Berlin bei einer Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung mit dem Titel »Democracy in Cuba« mit dem »Dissidenten« Carlos Alberto Montaner, der wegen eines Anschlags auf ein Kaufhaus in Havanna im Jahr 1960 wenige Monate in einem kubanischen Jugend-

gefängnis verbringen mußte, bevor er in die USA ausreisen durfte. Montaner war 17 Jahre alt, als er bei dem Attentat ein fünf und ein 14 Jahre altes Mädchen sowie einen 13jährigen Jungen schwer verletzte. Man hielt ihn scheinbar genau für den Richtigen, um über die Frage zu referieren, welchen Weg Kuba nach Fidel Castro einschlagen werde.

Derehemalige »Alpha 66«-Terrorist Eloy Guitérrez Menoyo wurde in einer »Nahaufnahme« des Bayerischen Rundfunks vom 6. August 2006 schlicht zu einem ehemaligen Weggefährten Castros, der sich mit ihm »überworfen« habe und folglich 22 Jahre im Gefängnis verbringen mußte. Der wahre Grund waren Kommandoüberfälle im Jahr 1962, bei denen kubanische Schiffe zerstört und russische Soldaten getötet wurden. Dem Verfasser der »Nahaufnahme« reichte die Tatsache, daß Menoyo Narben vorzuweisen hatte, für die Behauptung, er sei im Gefängnis gefoltert worden.

Das Buch über die »Schurkeninsel« bringt viele Beispiele dafür, wie die Öffentlichkeit gezielt desinformiert wird. Kuba ist allerdings nur ein Thema, mit dem wir als Medienkonsumenten an der Nase herumgeführt werden. Was ist z.B. mit der Berichterstattung über den Jugoslawien-Krieg, über den Nahost-Konflikt, den Iran oder Nordkorea? Mißtrauen ist angesagt – wahrscheinlich stimmen die Berichte über diese Komplexe auch nicht.

Hans Weiss: KUBA – Nachrichten von der Schurkeninsel, Nomen Verlag, Frankfurt am Main 2009, 199 Seiten, 14,90 Euro, ISBN 978-3-939816-09-6

PER MEDIENSCHELTE BÖSGLÄUBIGKEIT ERZEUGEN

Wenn ein Publikum klatscht, findet anscheinend nur Kommunikation zwischen unten und oben, zwischen Auditorium und Künstler statt. Wer aber genau hinschaut, erkennt die »interpublikare« Kommunikation. Nicht nur der Künstler erprobt, ob eine Pointe, eine begriffliche Zuspitzung gelungen und damit kommunikationsreif wird, sondern auch Teile des Publikums versuchen, ihr eigenes Begriffenhaben anderen zu signalisieren, um zu testen, wie weit sie isoliert, wie weit sie akzeptanzfähig oder wie weit sie gar anschwellende Minderheit sein könnten.

Ähnlich sollten wir uns die »interpublikare Kommunikation« innerhalb der vom Kapitalismus bedrohten und betroffenen Menschen vorstellen. Sie sind ausgegrenzt von staatlich abgesicherten Kommunikationsstrukturen. Die tendenziell oppositionellen und gesellschaftskritischen Teile müssen sich kommunikativ zueinandertasteten.

Diese Erkenntnis setzen unsere Feinde viel gründlicher um als wir. Demzufolge waren nicht nur in linke Organisationen V-Leute-Strukturen zu implantieren (die nicht einmal in jedem Falle direkt bezahlt sein müssen, sondern über staatliche Privilegien und manchmal sogar nur, um der Psychologie des Angenommensein- und Ankommen-Wollens zu dienen, partiell instrumentalisiert werden können).

Den Zusammenhang habe ich am 9. August in Hannover beim Großen (außerparlamentarischen) Ratschlag der Linkspartei dargestellt: »Konzernmedien als Krisenmacher und Profiteure« (zum Herunterladen auf www.diether-dehm.de).

Die Autoren Francis Saunders (»Wer die Zeche zahlt«), Andreas von Bülow oder Erich Schmidt-Eenboom

(»Undercover – Die Arbeit des BND in den Medien«) zeigen – größtenteils unwidersprochen und juristisch nicht bestritten –, wie besonders liberale Medien mit Reputation bei oppositioneller Wählerschaft besondere Zielobjekte vom BND werden. Schmidt-Eenboom zeigt z. B., wie Nazigeheimdienstler Reinhard Gehlen die liberale Zeit-Chefredakteurin Marion Gräfin Dönhoff zu einem schnöden Spitzel gemacht hat. Seitdem sind besonders liberale Medien Zielobjekte für Desorientierungsstrategien. Schwarz erworbene Information z. B. durch illegale Abhörpraktiken etc. wird in den »weißen Kreislauf« von Detekteien und medialen Veröffentlichungen (vorzugsweise des Spiegel) wieder eingefüttert - siehe die

aktuellen Vorgänge um Oskar Lafontaine und Sahra Wagenknecht.

Die Linkspartei ist gezwungen, die generischen Strategien, die Machenschaften von Spiegel, Bild, Frankfurter Rundschau oder Berliner Zeitung offen beim Namen zu nennen. Darum müssen wir am Ausbau linker Internetfernsehprojekte und -newsletter arbeiten, deshalb gibt es die junge Welt, das Neue Deutschland, den Freitag etc. mit all ihren Schwächen und Fehlern: Mit »Medienschelte« müssen linke Wählerinnen und Wähler und Mitstreiter bei außerparlamentarischen Aktionen »bösgläubig« gemacht werden gegen diese Konzern-Medien.

Diether Dehm, Bundestagsabgeordneter der Linkspartei

10 von vielen
Attac hat Geburtstag!

Gekommen um zu bleiben / Attac: Die ersten Jahre

Zehn von noch vielen Jahren liegen Anfang 2010 hinter Attac. Das haben wir zum Anlass genommen, um eine ganz und gar nicht vollständige Sammlung zu veröffentlichen. 10 von vielen ist das Motto, unter dem wir Gruppen, AktivistInnen, WeggefährtInnen der ersten Stunde, Positionen, Standpunkte, Projekte, Aktionen und vieles mehr zusammengefasst haben – wunderschön aufgemachte 180 Seiten zu erschwinglichen 14,95 EUR, ab sofort zu bestellen im Attac-Webshop. Außerdem brandheiß: Unser Jubiläumssampler, mit teilweise unveröffentlichten Titeln von Bela B, Jan Delay, Madsen, New Model Army und vielen anderen, überall im Handel - oder ebenfalls im Attac-Shop für 8,95 EUR. Und: Wir feiern! Am 23. Januar 2010 in Frankfurt – alle weiteren Infos zum Jubiläum gib'ts im Netz unter www.attac.de/10vonvielen.

Attac Bundesbüro
Münchener Str. 48, 60329 Frankfurt/M.
Tel.: (069) 900 281-10, Fax -99
Mail: info@attac.de, Web: www.attac.de